

Deutschland.

Berlin, 10. März. Die liberale Korrespondenz kann sich nicht beruhigen, daß zu dem Verfassungs-Entwurf nicht Motive beigegeben sind und dadurch die Gelegenheit entzogen worden ist, über diese wieder dem demokratischen und bürokratischen deutschen Charakter entsprechend eine recht gründliche endlose Diskussion pro et contra zu eröffnen. Sie ist auch so sehr von der Unentbehrlichkeit eines voluminösen Motivirungs-Altenstücks zum Entwurf überzeugt, daß sie behauptet, den Regierungs-Bevollmächtigten der Bundesstaaten seien Motive zum Entwurf vorgelegt worden. Von kompetenter Seite wird dem widersprochen. — Die „V. B.-Ztg.“ und ein Berliner Korrespondent dem „Elb.“ sprechen die Ueberzeugung aus, daß der Reichstag bis Ostern seine Aufgabe gelöst haben werde. Der „Elb.“ findet diese Annahme in den Wünschen der Reichstags-Mitglieder begründet, deren Mehrzahl ebenso wie die Regierung zu raschem Abschluß dränge. Als Hauptdränger bezeichnet er den Abgeordneten v. Vinde-Pagen. Es dürfte bedenklich sein, jetzt schon die Zeit des Schlusses so genau bestimmen zu wollen; die Abstimmungen über die Geschäftsordnung und die bisherigen Verhandlungen berechtigen jedoch allerdings zu der Annahme, daß die Majorität des Reichstags ihre Aufgabe weniger in Redebühnen, als in praktischen Beschüssen suchen wird, und wenn eine sehr kleine Partei dies für ein Unglück zu halten geneigt ist, so wird unzweifelhaft bei der großen Mehrheit der Bevölkerung die Autorität des Reichstags sich nur bestärken. — Vom Rhein wurde heute gemeldet, daß wegen baldiger Aufhebung der Spielbanken die Verwendung des Reichstags angerufen werden soll und daß auch die preussische Regierung, die doch im eigenen Lande in dieser Beziehung schon ein Präjudiz gegeben habe, nicht entgegen sein werde. Wenn nun auch die Regierung allerdings prinzipiell die Beseitigung der Spielbanken erstreben dürfte, wird andererseits doch nur das Interesse der betreffenden Kommunen bei ihr die entsprechende Berücksichtigung finden. — Die Klagen des Publikums über die Mißstände der in den Eisenbahn-Reglements festgestellten langen Lieferungsfristen, wie über die mangelhaften Garantien gegen ungerechtfertigte Verzögerung des Gütertransports haben den Handelsminister veranlaßt, die Direktionen zur gütlichen Verichterstattung über diesen Gegenstand durch Erlaß d. d. 3. d. M. aufzufordern. In dem Erlaß wird von der Möglichkeit und dem Bedürfnis einer Feststellung kürzerer Fristen ausgegangen und die Ermittlung der etwaigen finanziellen Einwirkungen auch zur Erörterung im Bericht ausgegeben. — Bei Besprechungen der Rixmann'schen Angelegenheit wird die politische Seite von demokratischen Blättern in den Vordergrund gestellt und die hier in einer öffentlichen Versammlung gehaltene Rede, welche den Hauptgrund zu dem Erkenntnis gegeben hat, als Nebenfrage geschildert. Die Untersuchung soll aber ergeben haben, daß das zu einer solchen öffentlichen Besprechung überhaupt nicht geeignete Thema, die Beschränkung der Kinderzahl, nicht in wissenschaftlicher Weise, sondern unter Empfehlung einer unsittlichen Praxis in der Rede des Herrn Rixmann behandelt worden ist und öffentliches Aergernis erregt hat; für das Mitglied eines höheren Richter-Kollegiums dürfte ein solcher Vorwurf wohl schwer genug wiegen.

Berlin, 10. März. Se. Maj. der König wohnten heute um 10 Uhr dem Gottesdienste im Dom bei. Um 12 Uhr empfingen Se. Majestät den Minister Grafen zu Eulenburg, um 3/4 Uhr eine Deputation aus der Stadt Danaburg und erhielten hernach dem bisherigen Herzoglich braunschweigischen Geschäftsträger Freiherrn von Lohneysen eine Abschieds-Audienz. Gegen 5 Uhr fuhr Se. Majestät nach Charlottenburg zum Diner bei Ihrer Majestät der Königin Wittve.

Se. Maj. der König hat der britischen und ausländischen Bibelgesellschaft, außer dem jährlichen Beitrag von 25 L. zur Förderung der Zwecke der Gesellschaft, die Summe von 100 L. zur Erbauung eines neuen Bibelhauses in London bewilligt.

Herr und Madame Benedetti sind in Folge der schweren Erkrankung der ihnen nahe befreundeten Madame v. Lavallette gestern Abend nach Paris gereist. Herr Benedetti wird spätestens zum Geburtstag Sr. Maj. des Königs, am 22. März, wieder hier eintreffen. — Die national-liberale Partei hatte heute Morgen eine Beratung zur vorläufigen Verständigung über einzubringende Amendements.

Die konservative Fraktion des Reichstages besteht aus folgenden Mitgliedern: Graf Eberhard zu Stolberg, Freiherr v. Bodelschwingh, v. Wandenburg, Hrbr. v. Moltke, v. Steinmetz, v. Franden-Ludwigsdorf, v. Walbaw-Reipenstein, v. Thadden, v. Schüb, v. Grävenitz, Hrbr. v. d. Goltz, Graf v. Solms-Baruth, v. Arnim-Heinrichsdorf, Dr. Köster, v. Dreibitz, v. Brauchitsch, v. Bismard, v. Auerwald, Clavenbagen, Graf Püdler, v. Cottenet, Graf Lehn-dorf, Graf v. d. Schulenburg-Weesendorf, v. Wedemeyer, Wager, Graf Resperling-Rautenburg, Vogel v. Faldenstein, v. Schöning, v. Holzbrind, Freiherr v. Hüllessem, Graf Bredow, v. Gottberg, v. Laverge-Dequillien, Freiherr v. Romberg, Persius, v. Wurmb, v. Wapdorf-Wiesenburg, v. Kallstein, Graf Seydewitz, v. Tyska, v. Beersfelde, Graf Eulenburg, v. Noon, v. Jagow, Bieth, Graf Blumenthal-Sudow, v. Treedow, Graf v. Königs-mard, Schmalz, Scheppler, Luder, v. Simpfon. Weiterer Zutritt wird erwartet. Den Vorsitz führt zur Zeit Graf Eberhard zu Stolberg; ein Vorstand ist definitiv noch nicht gewählt. Mehrere der hervorragenden Mitglieder der neuen Provinzen (z. B. v. Hammerstein, v. Rössing u. A.) wohnen einstweilen häufig den Fraktions-Versammlungen als Gäste bei. Die gesellschaftlichen Versammlungen und Besprechungen der Konservativen insgesamt finden täglich von 7 Uhr ab im Hotel de Rome statt.

Berlin, 9. März. (Norddeutscher Reichstag.) 9. Sitzung. (Schluß.)

Abg. Dr. Walbed (gegen die Vorlage): Da mich das Loos zufällig in die vorberthe Reihe der Redner geführt hat, muß ich bemerken, daß ich leider vermöge meines Augenleids nicht in der Lage bin, so gründlich in die Sache einzugehen, wie es mir wünschenswerth wäre. Denn hierzu wäre es nötig, sich zu vertiefen in die Zustände, die vorher waren, und in die Bestrebungen von Frankfurt und die anderen Projekte, die darauf hinausgingen, ein Parlament da hineinzufügen, wo eine Centralgewalt nicht existierte. Man müßte die Verfassung prüfen nach den Erwartungen, die das deutsche Volk und alle seine Stämme resp. Länder hegen können, die sich bereits in verfassungsmäßigen Zuständen befinden. Meine Herren, die Lage, in der wir uns befinden, ist die eigenthümlichste, in der sich jemals eine solche Versammlung befunden hat; wir sind gewählt und zusammenberufen worden, ohne daß wir auch nur die geringste Kenntniss von dem Entwurf hatten, der uns jetzt vorliegt. Das preussische Abgeordnetenhaus hätte sehr gewünscht, daß ihm dieser Entwurf schon vorgelegt hätte, dessenungeachtet wurde das Wahlgesetz angenommen. Aber nicht nur bei dieser Gelegenheit, sondern mehrfach auch in der Adresse an Se. Maj. den König wurde ausdrücklich hervorgehoben, nur unter der Voraussetzung, daß, wenn Rechte des preussischen Volkes und Landes zu Gunsten des Parlaments aufgegeben würden, dieses Parlament auch die Macht und die Möglichkeit zur Ausübung dieser Rechte haben müsse. Die Staats-schrift, in der dies ausgesprochen wurde, ist mit sehr bedeutender Majorität von rechts und links angenommen worden. Doch ich muß nun die Rolle, die uns hier auferlegt ist, etwas näher beleuchten. Sollen wir den Entwurf ganz ablehnen? Ich wünsche von ganzem Herzen, daß der preussische Staat, welcher nach der Annexion mehrerer nicht unbedeutender Länder eine so große und bedeutende Gestalt gewonnen hat, daß er schon jetzt im Stande ist, eine große Rolle zu spielen, zu seinen 25 Millionen auch noch jene anderen 5 Millionen fest an sich fetten könnte, die zufälliger Weise unter einer Anzahl so verschiedener Fürsten gruppiert sind, und gar nicht nach dem Wunsch der betreffenden Bevölkerung, sondern rein durch den Zufall der Geschichte. Nachdem Redner in fast einstündiger Rede den Verfassungs-Entwurf kritisiert, sagt er schließlich: Ein Parlament, das kein Recht hat, muß man nicht wollen. Ich wünsche dringend, daß eine solche Versammlung zu Stande komme, deren Rechte aber garantirt sein müssen in wirtschaftlicher und genügender Weise. Wenn Sie hierzu beitragen, meine Herren, dann können Sie der Zustimmung nicht nur der einzelnen Länder, sondern des ganzen Volkes, der Zukunft, der Geschichte gewiss sein. (Beifall links.)

Abg. Miquel (für den Entwurf): Meine Herren, die Lage, in der wir uns befinden, ist neu und originell; sie muß aus sich selbst begriffen werden, deshalb werde ich weder von Preußen und der preussischen Verfassung, als von Deutschland und der deutschen Verfassung sprechen. (Beifall.) Die Entwicklung der gegenwärtigen Lage hat nicht den idealen Begriffen entsprechen, die man in Deutschland hegte; nicht durch geistige Anstrengungen, sondern durch Gewalt und Krieg ist der Boden für den norddeutschen Bund geschaffen. Ich kann zunächst unmöglich dem Vordränger zustimmen, der für den norddeutschen Bund größere verfassungsmäßige Garantien verlangt, als selbst in einer Verfassung, die ganz Deutschland umschloß, niedergelegt werden müßten. Der Entwurf geht in diesen Dingen über die Reichsverfassung von 1849 hinaus. Die Bestimmungen über die einheitliche Heeresmacht und Marine lassen sich mit dem korrekten, wissenschaftlichen Bundesstaat nicht vereinigen. Nichtsdestoweniger acceptire ich sie, weil sie praktisch notwendig sind. Andererseits enthält der Entwurf Vieles, was mehr dem Staatenbund, als dem Bundesstaate entspricht. Wenn lediglich ein Majoritätsbeschluß den Willen der Centralgewalt kundgibt, wenn eine eigentliche Centralgewalt also gar nicht konstituiert ist, wenn den einzelnen Staaten das Recht der diplomatischen Vertretung gelassen ist, wenn den einzelnen Mitgliedern das Recht der eigenen legislativen Befugnisse nicht unterworfen ist, dann entspricht dies Alles mehr dem Staatenbunde. Wir praktischen Politiker wollen aber deshalb den Entwurf nicht ablehnen. Wir wissen sehr wohl, daß die diplomatische Vertretung der einzelnen Staaten in sich unschädlich ist, und da sie ohne jeden Nutzen ziemlich kostspielig ausfällt, so werden die verschiedenen Landes-Vertretungen bald genug nicht mehr Geld fortwerfen wollen für solche unnütze Verichterstatte von Hofneigungen (Heiterkeit und Zustimmung), die Geleitzgebung der einzelnen Staaten aber wird sich immerhin nach der Bundesgesetzgebung richten müssen und in gleicher Art schwinden die übrigen Bedenken. — Was der Bund selbst und seine räumliche Ausdehnung, wie die Frage anbetrifft, ob es gerechtfertigt sei, daß der Bund bloß Norddeutschland umfasse, und den Süden Deutschlands ausschliesse, so muß ich freilich gestehen, daß uns die Mainlinie stets wie ein Gepestet erschien, und daß uns der Dualismus um Vieles gefährlicher vorkam, als der Föderalismus. Nun aber haben wir die Mainlinie, das Gepestet ist wirklich geworden, und hat eben deshalb für uns aufgehört, Gepestet zu sein; ja, ich wage das Wort, daß wir jetzt die Mainlinie als eine heilsame Nothwendigkeit ansehen. (Zustimmung.) Die Mainlinie ist ja nicht eine Scheidelinie zwischen Nord und Süd, wie etwa eine Grenzlinie zwischen Preußen und Oesterreich etablirt wird, nein, meine Herren, wir betrachten die Mainlinie gewissermaßen nur als Haltestelle, wo wir Athem schöpfen, Wasser und Kohlen einnehmen, um demnächst weiter zu gehen. (Lebhaftes Bravo, in das auch Graf Bismard einstimmt, Zischen Seitens der parlamentarischen Elemente.) Meine Herren, wir haben eine Verfassung für den norddeutschen Bund zu machen; nicht ein theoretisches Werk der Zukunft, sondern ein praktisches Werk der Gegenwart. Gehe ich nun zur Frage über, ob die Kompetenz des Bundes mit genügt, so kann ich im Allgemeinen auch hier mit Zustimmung verhalten. Der Bund gewährt eine Centralisation der deutschen Macht zu Lande und zu Wasser und eine Centralisation im diplomatischen und konsularischen, außerdem die volle wirtschaftliche Einigung, die ich nicht mit dem herab-fallenden Namen des Zollparlaments, wie ein Vordränger, bezeichnen möchte. Wenn die Civilprozessordnung, das Gewerbe- und Versicherungswesen, das Zollwesen und was sonst dahin zu rechnen ist, der Kompetenz des norddeutschen Bundes unterworfen ist, so halte ich das in der That für einen ungeheuren Fortschritt. (Bravo und Zischen.) Nur aber Eins habe ich Bedenken, nämlich über die Bestimmung, daß der Bundesrath mit zwei Dritteln Majorität die Verfassung ändern könne. Was heißt das? Soll der Bund sich aus sich selbst weiter entwickeln? Sind wir nicht mehr auf die Mittel der Gewalt allein angewiesen, um in Freiheit und Einheit fort-zuschreiten? Das wäre erwünscht. Aber nun entsteht die Frage, ob der Bundesrath sich das Recht vorbehält, allein über Verfassungs-Veränderungen zu entscheiden? Darauf erwarte ich Auskunft. (Graf Bismard macht ein verneinendes Zeichen.) Ich glaube aus der Miene des Herrn Präsidenten des Bundesrates lesen zu können, daß diese Auslegung falsch ist und freue mich aufrichtig darüber, denn ich bin nicht als unzufriedener und nergelnder Kritiker hergekommen. — Aber jetzt komme ich zur Aufsteinteilung und hier ist mir der Entwurf nicht genügt. Mein Ideal ist weder die preussische, noch die braunschweigische Verfassung. Ich verlange, daß den maß-vollen und korrekten Bedürfnissen des Kerns der Nation genügt wird, wo man sie notwendig braucht. Die Bundesverfassung eliminiert in militärischen Dingen offen das Ausgabebewilligungsrecht und versucht es in ver-schämter Weise bei der Marine. Es führt eine Lastenvertheilung ein, die allen national-ökonomischen Grundgesetzen ins Gesicht schlägt, die auf den mittelalterlichen Steuermodus zurückgreift, die mit einem Wort eine Kopf-steuer ist. Das ist unmöglich. Wir brauchen eine Reichsteuer. Erst diese begründet die volle wirtschaftliche Einigung der Nation, wie sie dazu beitragen wird, in der Steuererhebung der einzelnen Staaten eine Reform herbeizuführen. Die Matrikularumlage, aber wird die einzelnen Budgets in unheilbare Verwirrung stürzen. Allerdings kann die Reichsteuer nicht so

fort eingeführt werden. Für die ersten Jahre wird die Matrikularumlage nötig sein, weil der Bund Mittel gebraucht. Indessen müssen wir eine Garantie haben, daß die Reichsteuer, sobald es thöricht ist, eingeführt wird. Was das Normalbudget anbetrifft, so könnte man sagen, daß das Budget in dieser Form nicht bloß gegen das Parlament, sondern vielmehr gegen die Regierungen sicher gestellt werden soll, und daß ein Normalbudget, wenn es in einem Einheitsstaate auch gefährlich, in einem Bundesstaate doch noch wenig sei. Diese Ansicht kann ich nicht theilen. Meine Herren! Wir, meine Freunde und ich, sind entschlossen, jedes Opfer, selbst an Freiheit zu bringen, wenn es nötig sein sollte, um den Bundesstaat zu gründen (Bravo rechts), aber wir leugnen, daß dazu Opfer in diesem Maße notwendig sind. Ein Parlament ohne Rechte wird unmöglich sein in seinen Forderungen und revolutionär in den Mitteln, sie durchzusetzen; ein Parlament mit Rechten aber ist sich seiner Verantwortlichkeit bewußt und deshalb konservativ und mäßig. Wir müssen Institutionen schaffen, die den freien Bürger und den freien Bauernstand befriedigen, denn auf diesen beruht die materielle Macht des Staates, und thun die Regierungen dies nicht, so stoßen sie ihre besten Bundesgenossen von sich. Wir, die wir zu der preussischen Regierung anders stehen als die preussischen Abgeordneten, die sie jahrelang bekämpft haben, wir, die wir nicht durch Erinnerungen aller Art verbündet sind, klar und objectiv zu sehen (Widerspruch links), wir, die wir mit unserer ganzen Zukunft so sehr auf die Verwirklichung der Einheit angewiesen sind und die wir nichts so sehr beklagen würden, als wenn die Regierung unsere Hand von sich stieße, wir werden einen schweren Entschluß zu fassen haben, aber wenn wir nicht ein deutscher Einheitsstaat, sondern nur ein vorübergehender Militärsaat geschaffen werden sollte, dann würden wir mit Trauer im Herzen sagen: Diese Verfassung können wir nicht annehmen und mit dem großen Reformator wiederholen: Wir können nicht anders. Aber ich habe das Vertrauen, daß die königliche Regierung schließlich nicht so handeln wird (aha! links). Eine Regierung, die, man mag ihr sonst nachsagen, was man will, um Deutschland sich so verdient gemacht, die den Boden für die nationale Entwicklung geschaffen hat, sie kann diesen Boden nicht wieder preisgeben und ihr Werk vernichten wollen, um dem Volke Rechte vorzunehmen, von denen sie das Bewußtsein haben muß, daß sie auf die Dauer doch nicht vorenthalten werden können. (Bravo und Zischen.)

Abg. Dr. Michalis (gegen die Vorlage): Für mich als preussischen Abgeordneten ist die praktische Frage die Gewissensfrage: kannst du dem auf die preussische Verfassung geschworenen Eide irgend etwas vergeben? Ich habe sie beschworen und kann keines ihrer Grundrechte aufgeben! Die Herren aus Hannover dürfen nicht vergessen, daß sie verfassungstreu sind, wir aber in Preußen eine beschworene Verfassung vertreten, und daß, wenn sie diese gleich nicht mitzubringen haben, sie uns doch mitbringen sollten im Kampfe gegen eine entwerfende, verfallene und entstellte Verfassung. (Widerspruch rechts.) Graf Bismard hat schon so Großes geleistet ohne Beifall, er wird die Krönung des Werkes vollenden, ohne die Beifall nötig zu haben. Ich habe die Verfassung beschworen und ich bleibe dabei. Jeder Alles verloren, als an der Verfassung Schaden leiden.

Abg. Dr. Gerber (für die Vorlage): Es ist ein neuer Weg, den wir zu beschreiten haben, statt der Ideologie, ist es der Standpunkt der Thatsachen, deren Spur zu betreten wir eingeladen werden, Thatsachen der gewaltigsten Art, die im vorigen Jahre geschehen sind und deren Produkt der vorliegende Entwurf ist. Es ist eine patriotische Pflicht, sich ihnen zu unterwerfen, sie zu acceptiren und sie für das Vaterland zu verwenden. Der Entwurf, für den es keine Analogie giebt, hat allerdings seine großen Mängel in der formellen Organisation des Bundespräsidiums, dem schwachen Charakter des Bundesrates und der nicht hinlänglich reichen Ausstattung des Reichstages mit parlamentarischen Rechten. Aber vergessen wir nicht, daß die Natur des Bundesstaates und die vertragmäßige Feststellung der Grenzen seiner Wirksamkeit Schranken für den Ausbau seiner Verfassung gezogen haben. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Arbeit unserer Nachfolger zu anticipiren, sondern wir können ihnen getrost die ibrige überlassen. (Beifall.)

Abg. Dr. Kée (gegen die Vorlage): Eine Verständigung ist unmöglich mit denen, die von den Grundsätzen abgehen und nur den Thatsachen hul-digen, wie mit denen, die nur von ihren Ideen beherrscht werden und die Thatsachen nicht sehen. Wir bilden hier nicht Parteien in gewohnter Weise und sitzen nicht nach unseren Meinungen, können es auch nicht. Denn allen anderen Parlamenten steht nur ein Ziel vor, die Freiheit und die Rechte des Landes zu wahren; darnach theilt sich die Rechte von der Linken. Bei uns aber wirken Ziele, die Einheit und die Freiheit, verwirrend ein und die Annäherung an das Eine scheint Vielen eine Entfernung vom andern. Die Frage, welches das Höhere sei, ist eine müßige. Natürlich muß der Staat, wie der einzelne Mensch, erst die nötige Selbstständigkeit haben, um eine Lebensrichtung einzuschlagen und auszuführen; aber für den Staat sind die Institutionen der Freiheit das einzige Mittel, um seine Zwecke zu erreichen. Das ist die wahre Ursache des Preussenthums; der Haß gegen den preussischen Staat, das preussische Volk, existirt nirgend, sondern ein Haß gegen das zeitige Ministerium und das absolutistische Regiment. (Unterbrechung rechts.) Ja, meine Herren, lassen Sie es mich offen aus-sprechen: ich bin Republikaner, und wenn ich dennoch für den Anschlag meiner Stadt an den von Preußen geleiteten Bund bin, so mögen sie dar-aus den Ernst erkennen, mit dem wir uns dieser Sache hingeben. Suchen wir den Weg zur Verständigung, und wenn von scharf konservativer wie von liberaler Seite gleich rückhaltlos verfahren wird, so werden wir ihn finden.

Abg. Wagnier Neustettin (für die Vorlage): Die Regierung muthet uns nicht den Verzicht auf unsere Rechte zu, sondern ihre Aebung mit Rücksicht auf die Thatsachen. Allerdings ist der Entwurf keine zweite Kopie der belgischen Verfassung, sondern durchaus neu; wo sonst Grundrechte standen, liest man jetzt von Eisenbahnen, und wo man sonst Menschenrechte suchte, da findet man Tarif-Bestimmungen für Kohlen und Hülfsfrüchte. Das mag sehr prosaisch, sehr nüchtern sein, aber diese nüchterne Prosa wird zur Wirklichkeit und wir werden endlich von der Herrschaft der Bräse er-löst. Der vorliegende Entwurf ist der konkreteste Vorschlag weltgeschicht-licher Thatsachen, denen die (zur Linken) folgen werden und folgen müssen, sei es in 4 Wochen oder später, und die Frage ist nur ob mit gutem oder bösem Gewissen. Was das Budgetrecht und speziell den Militär-Etat be-trifft, so hätte ich geglaubt, daß die letzten fünf Jahre die preussischen Abgeordneten hätten lehren müssen, dies Kapital als ein noli me tangere zu behandeln, mit dem man nur durch Kompromisse fertig wird. In dem Vorschlage einer Kontingentierung auf Grund gewisser Einnahmen kann ich nichts Freiheitswidriges finden. Auch das empfohlene Uebergangsstadium, das so lange dauern kann, bis die Einrichtungen unerröckbar geworden sind, lehne ich ab. Mit 22 selbständigen Regierungen ist nicht anders, als durch Kontingentierung auf die Dauer zu verhandeln. Ich halte es für meine Pflicht, von dieser Stelle aus offen und rückhaltlos die Hoffnung auszusprechen, daß die kleineren deutschen Fürsten je länger desto mehr be-greifen werden, warum ein Lord Derby mehr in der Welt bedeutet, als einer von ihnen; und daß die Lords von England zur rechten Zeit ihre Stellung im einheitlichen Staat gesucht und gefunden haben. Was die Welt in Wahrheit beherrscht, ist das Herz, das reigste Interesse, und der Magen, die soziale Frage. Daber der materielle Zwang einiger Kapitel der Verfassung, die nicht aus der belgischen abgeschrieven ist. Wenn die Zu-stimmung der Regierungen nicht erlangt werden kann, so ist Amendement der Verfassung mit ihrer Verwerfung identisch. Am Budgetrechte des preussischen Landtages ändert sie nichts, außer insofern Bundesgesetze, bei denen der Reichstag mitgewirkt hat, den speziellen Gesetzen der Einzelstaaten voran-gehen, und wir überschätzen uns nicht, wenn wir behaupten, daß kein Land-

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-	5	—
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151% G	Ued. - Wollin.	—	—
"	2 Mt.	151% B	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam . . .	8 Tag.	143% G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
London	10 Tag.	6 24% bz	Pr. Sec-Assec-	—	—
"	3 Mt.	6 23 bz	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	—	Pomerania . .	4	113 G
"	2 Mt.	80 ¹¹ / ₁₂ B	Union	4	102 B
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.	—	—
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	625 B
St. Petersburg . .	3 Wch.	—	N. St. Zucker.	—	—
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-	—	—
Preuss. Bank . .	4	Lomb. 4 ¹ / ₂ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl. 5457 . .	4 ¹ / ₂	100% bz	Bredower . .	4	—
"	5	—	Walzmühl.-A.	5	—
St. Schldsch. . .	3 ¹ / ₂	—	St. Portl.-Cem.	—	—
P. Präm.-Anl. . .	3 ¹ / ₂	—	Fabrik	4	—
Pomm. Pfdb. . .	3 ¹ / ₂	—	Stett. Dampf	—	—
"	4	98 G	Schlepp-Ges.	5	200 B
" Rentenb. . . .	4	—	Stett. Dampf-	—	—
Ritt. P.P.B.A. . .	4	—	schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl. . . .	4	—	N. Dampfer-C	4	93 B
Berl.-St. Eis. . .	4	—	Germania . . .	4	100 B
Act. Lt. A. B. . .	4	—	Vulkan	4	80 G
" Prior.	4 ¹ / ₂	—	Stett. Dampf-	—	—
"	4 ¹ / ₂	—	mühlen-Ges.	4	100 B
Starg.-P.E.A. . .	4 ¹ / ₂	95 G	Pommerensd.	—	—
" Prior.	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt.-O. .	4 ¹ / ₂	98 G	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsch.	—	—	Stettin, Kraft-	—	—
Obligationen . .	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schaup.-	—	—	Gemeinnützige	—	—
Obligationen . .	5	—	Banges.-Anth.	5	—